

HINWEIS: Die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte und der zeitliche Ablauf sind nicht verbindlich und können sich ändern!

Niedersächsischer Landtag 17. Wahlperiode

Hinweis:

Zeitliche Differenzen zwischen der veranschlagten Dauer eines Beratungsgegenstandes und dem Beginn des folgenden Beratungsgegenstandes sind Reservezeiten.

Für die Redezeiten ist die ausgewiesene Beratungszeit relevant.

Aufteilung vereinbarter Redezeiten	
Antragsteller (bei 1. Beratung)	
bzw.	
Berichterstattung (bei 2. Beratung)	1/8
Landesregierung (Empfehlung)	1/8
CDU-Fraktion	2/8
SPD-Fraktion	2/8
GRÜNE-Fraktion	1/8
FDP-Fraktion	1/8

Tagesordnung

für den 23. Tagungsabschnitt
des Niedersächsischen Landtages

Beginn der 62. Sitzung am Dienstag, dem 12. Mai 2015, 9.00 Uhr

		Drucksache	
<u>Möglicher Ablauf</u>			<u>Beratungszeit in Minuten</u>
<u>Dienstag, den 12.05.2015</u>			
9.00 - 9.05	1. Mitteilungen des Präsidenten		5
9.10 - 11.40	2. Aktuelle Stunde		max. 125 + 25
11.50 - 11.55	3. Abschließende Beratung		5
	Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Maßregelvollzugsgesetzes		
	Gesetzentwurf der Landesregierung – Drs. 17/1277		
	Beschlussempfehlung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration	– Drs. 17/3372	
	Berichterstattung: Abg. Sylvia Bruns (FDP) (Es ist ein schriftlicher Bericht vorgesehen.)		
	(Erste Beratung: 31. Sitzung am 26.03.2014)		
	(Ausschussempfehlung: Annahme mit Änderungen)		

Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss				
	SPD	GRÜNE	CDU	FDP
Zustimmung	x	x	x	x
Ablehnung				
Enthaltung				
nicht anwesend				

12.00 - 13.05 **Die folgenden zwei Punkte werden zusammen beraten:**

65

4. Besprechung

Einsetzung eines 22. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses „Vorgänge in der Dienstzeit des Staatssekretärs a. D. Udo Paschedag“

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP

– [Drs. 17/515](#)

Beschlussempfehlung des Ältestenrats

– [Drs. 17/584](#)

Unterrichtung - [Drs. 17/620](#)

Bericht des 22. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses - [Drs. 17/3445](#)

Berichterstattung: Abg. Andrea Schröder-Ehlers (SPD)
(Es ist ein mündlicher Bericht vorgesehen.)

(Erste Beratung: 15. Sitzung am 12.09.2013;
Zweite Beratung: 17. Sitzung am 26.09.2013)

5. Erste Beratung

Ministerpräsident Weil muss Landwirtschaftsminister Meyer entlassen

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP

– [Drs. 17/3434](#)

ÄR

14.45 - 15.15 **Die folgenden zwei Punkte werden zusammen beraten:**

30

6. Abschließende Beratung

Technische Universitäten stärken - Exzellenzinitiative nicht aufgeben - Kürzungen zurücknehmen!

Antrag der Fraktion der CDU – [Drs. 17/2891](#)

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur

– [Drs. 17/3415](#)

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

(Direkt überwiesen am 11.02.2015)

(Ausschussempfehlung: Ablehnung)

Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss				
	SPD	GRÜNE	CDU	FDP
Zustimmung	x	x		
Ablehnung			x	x
Enthaltung				
nicht anwesend				

7. Erste Beratung

**MINT-Fächer an den Niedersächsischen Hochschulen stärken -
Nachwuchs gewinnen und halten - Exzellenz unterstützen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen

- [Drs. 17/3438](#)

AfWuK

15.25 - 15.55

8. Abschließende Beratung

30

Fahrradland Niedersachsen stärken

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen - [Drs. 17/2886](#)

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit
und Verkehr

- [Drs. 17/3350](#)

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

(Erste Beratung: 59. Sitzung am 20.02.2015)

(Ausschussempfehlung: Annahme in geänderter Fassung)

Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss				
	SPD	GRÜNE	CDU	FDP
Zustimmung	x	x		
Ablehnung				
Enthaltung			x	x
nicht anwesend				

16.05 - 16.25

9. Abschließende Beratung

20

**Verbraucherschutz ausbauen: Marktwächter Energie für Nieder-
sachsen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen - [Drs. 17/2550](#)

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft,
Verbraucherschutz und Landesentwicklung

- [Drs. 17/3446](#)

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

(Direkt überwiesen am 11.12.2014)

(Ausschussempfehlung: Annahme in geänderter Fassung)

Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss				
	SPD	GRÜNE	CDU	FDP
Zustimmung	x	x	x	x
Ablehnung				
Enthaltung				
nicht anwesend				

16.35 - 17.05 10. Abschließende Beratung

30

Gerechtigkeit für die Opfer der Homosexuellen-Verfolgung in Deutschland! Rehabilitierung durchsetzen!

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – [Drs. 17/2716](#)

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen – [Drs. 17/3385](#)

(Es ist keine Berichterstattung vorgesehen.)

(Erste Beratung: 56. Sitzung am 22.01.2015)

(Ausschussempfehlung: Annahme)

Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss				
	SPD	GRÜNE	CDU	FDP
Zustimmung	x	x		
Ablehnung				
Enthaltung			x	x
nicht anwesend				

17.15 - 17.20 11. Abschließende Beratung

5

Verfassungsgerichtliches Verfahren

Verfahren zur verfassungsrechtlichen Prüfung,

ob die auf § 1 Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2 Nr. 1, 3 und 4, Abs. 3 Nr. 2 i. V. m. § 20 Abs. 2 S. 1 nebst Anlage I, § 27 Abs. 1 und 2, § 39 Abs. 1 S. 1 und 2 nebst Anlage V, § 40 Abs. 2, § 51 BBesG, § 8 NBesG beruhende Netto-Alimentation des Klägers im Kalenderjahr 2005 - bezogen auf die BesGr. A 9 BBesG und in den für 2005 maßgebenden Fassungen - mit Art. 33 Abs. 5 des Grundgesetzes in seiner bis zum 31. August 2006 geltenden Fassung (a. F.) unvereinbar sind.

- Aussetzungs- und Vorlagebeschluss des Verwaltungsgerichts Braunschweig vom 3. April 2014 - 7 A 219/12 -
- Schreiben des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts vom 08.04.2015 - 2 BvL 20/14 -

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen – [Drs. 17/3407](#)

(Ausschussempfehlung: Der Landtag sieht von einer Äußerung gegenüber dem Bundesverfassungsgericht ab)

Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss				
	SPD	GRÜNE	CDU	FDP
Zustimmung	x	x	x	x
Ablehnung				
Enthaltung				
nicht anwesend				

17.25 - 17.30 12. Abschließende Beratung

5

Verfassungsgerichtliches Verfahren

Verfassungsbeschwerden

I. der EXTRA Games Entertainment GmbH, vertreten durch die Geschäftsführer Martin Moßbrucker und Martin Leo Georg Restle, Theuerbach 30, 88630 Pfullendorf,

- Bevollmächtigte: Rechtsanwälte Redeker, Sellner, Dahs, Willy-Brandt-Allee 11, 53113 Bonn -

gegen das Gesetz zur Regelung des Rechts der Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin - SpielhG Berlin) vom 20. Mai 2011 (GVBl S. 223)

- 1 BvR 1314/12 -,

II. der Casino COSMOS Automaten Spiele Aufstellung und Vertrieb GmbH, vertreten durch die Geschäftsführer Manfred Majchrzak und Dirk Sander, Merkur-Allee 1 - 15, 32339 Espelkamp,

- Bevollmächtigte: Rechtsanwälte Gleiss, Lutz, Maybachstraße 6, 70469 Stuttgart -

gegen § 2 Abs. 1 und 3; § 4 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 und 3; § 5 Abs. 1; § 6 Abs. 1 bis 4, Abs. 6 bis 8; § 8 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 und 4; § 7 Abs. 1 Nr. 2, 4 bis 7, 9 bis 14 des Gesetzes zur Regelung des Rechts der Spielhallen im Land Berlin (Spielhallengesetz Berlin - SpielhG Bln) vom 20. Mai 2011 (GVBl S. 223)

- 1 BvR 1630/12 -,

III. der Becker Automaten Spiel BAS GmbH, vertreten durch den Geschäftsführer Edgar Becker, Carl-Zeiß-Straße 2, 97424 Schweinfurt,

- Bevollmächtigte: Rechtsanwälte Hengeler Mueller Partnerschaft von Rechtsanwälten mbB, Benrather Straße 18 - 20, 40213 Düsseldorf -

gegen § 29 Abs. 4 Satz 3 in Verbindung mit § 2 Abs. 3 Satz 1 GlüStV und Art. 11 Abs. 1 Satz 2 BayAGGlüStV (einjährige Übergangsregelung für nach dem 28. Oktober 2011 nach § 33i GewO genehmigte Spielhallen)

- 1 BvR 1694/13 -,

IV. der JUBEAL Games GmbH, vertreten durch die Geschäftsführer Hans-Rudolf Buchheit, Udo Altpeter, Hans-Jürgen Jentsch, Vorderster Berg 19, 66333 Völklingen,

- Bevollmächtigte: Rechtsanwälte Redeker, Sellner, Dahs, Willy-Brandt-Allee 11, 53113 Bonn -

gegen a) Artikel 1 des Gesetzes Nr. 1772 zur Neuregelung des Glücksspielwesens im Saarland vom 20. Juni 2012 enthaltene Gesetz über die Zustimmung zum Ersten Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrags zum Glücksspielwesen in Deutschland (Erster Glücksspieländerungsstaatsvertrag - Erster GlüÄndStV), Amtsbl. Nr. 15 vom 28. Juni 2012, Seite 156 ff.,

b) das in Artikel 5 des Gesetzes Nr. 1772 zur Neuregelung des Glücksspielwesens im Saarland vom 20. Juni 2012 enthaltene Saarländische Spielhallengesetz (SSpielhG), Amtsbl. Nr. 15 vom 28. Juni 2012, Seite 171 ff.

- 1 BvR 1874/13 -
- 1 BvR 1314/12 -
- 1 BvR 1630/12 -
- 1 BvR 1694/13 -
- 1 BvR 1874/13 -

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen – [Drs. 17/3408](#)

(Ausschussempfehlung: Der Landtag sieht von einer Äußerung gegenüber dem Bundesverfassungsgericht ab)

Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss				
	SPD	GRÜNE	CDU	FDP
Zustimmung	x	x	x	x
Ablehnung				
Enthaltung				
nicht anwesend				

17.35 - 17.40 13. Abschließende Beratung

5

Verfassungsgerichtliches Verfahren

Organstreitverfahren nach Art. 54 Nr. 1 der Niedersächsischen Verfassung und § 8 Nr. 6 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof wegen Auskunftserteilung nach Art. 24 Abs. 1 der Niedersächsischen Verfassung - StGH 1, 2 und 3/15 -

- I. der Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages Mechthild Ross-Luttmann, - StGH 1/15 -
- II. der Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages Ansgar-Bernhard Focke und Angelika Jahns, - StGH 2/15 -
- III. der Abgeordneten des Niedersächsischen Landtages Ansgar-Bernhard Focke, Angelika Jahns und Bernd-Carsten Hiebing, - StGH 3/15 -

Antragsteller,

- Prozessbevollmächtigter:
Parlamentarischer Geschäftsführer Jens Nacke, MdL, CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, 30159 Hannover, -

gegen
die Niedersächsische Landesregierung
vertreten durch den Ministerpräsidenten Stephan Weil, Planckstraße 2, 30169 Hannover,

Antragsgegnerin,

- Schreiben des Präsidenten des Niedersächsischen Staatsgerichtshofs vom 25.02.2015 - StGH 1-3/15 -

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen – [Drs. 17/3409](#)

(Ausschussempfehlung: Der Landtag sieht von einer Äußerung gegenüber dem Staatsgerichtshof ab)

Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss				
	SPD	GRÜNE	CDU	FDP
Zustimmung	x	x	x	x
Ablehnung				
Enthaltung				
nicht anwesend				

17.45 - 18.15	14.	Erste Beratung		30
		Tierische Produkte umfassend kennzeichnen - Verbraucherinnen und Verbraucher wollen Klarheit		
		Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	– Drs. 17/3439	
		<i>federführend: AfELVuL; mitberatend: UAVerbrSch</i>		
18.25 - 18.55	15.	Erste Beratung		30
		Seenotrettung jetzt - Konsequenzen aus Flüchtlingskatastrophen auf dem Mittelmeer ziehen		
		Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	– Drs. 17/3442	
		<i>AfluS</i>		
19.05 - 19.25	16.	Erste Beratung		20
		Landesbüro Niedersachsen der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit erhalten		
		Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP	– Drs. 17/3444	
		<i>AfBuEMuR</i>		
19.35 - 20.05	17.	Erste Beratung		30
		Zukunftsweisende Anbindungen des gesamten Harzes länderübergreifend voranbringen!		
		Antrag der Fraktion der FDP	– Drs. 17/3427	
		<i>AfWAuV</i>		
19.30		Parlamentarischer Abend (Einladung an alle Abgeordneten): Konföderation Evangelischer Kirchen in Niedersachsen		
		Altes Rathaus		
<u>Mittwoch, den</u>				
<u>13.05.2015</u>				
9.00 - 9.05	18.	Mitteilungen des Präsidenten		5
9.10 - 11.30	19.	Dringliche Anfragen		140

11.50 - 12.45	20.	Besprechung Energie in Niedersachsen Große Anfrage der Fraktion der CDU Antwort der Landesregierung	– Drs. 17/2446 – Drs. 17/3420	45 + 10
14.30 - 15.00	21.	22. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben	– Drs. 17/3440	30
15.10 - 16.10	22.	Mündliche Anfragen	– Drs. 17/3435	60
16.20 - 16.50	23.	Erste Beratung Niedersachsen muss die Speicherpflicht für Verkehrsdaten unterstützen! Antrag der Fraktion der CDU <i>AfRuV</i>	– Drs. 17/3432	30
17.00 - 17.35	Die folgenden zwei Punkte werden zusammen beraten:			35
	24.	Erste Beratung „Bürokratiemonster zähmen“ - Für eine Revision des Mindestlohngesetzes Antrag der Fraktion der FDP <i>AfWAuV</i>	– Drs. 17/3436	
	25.	Erste Beratung Sinnvolle Nachbesserungen bei der Umsetzung des Mindestlohnes jetzt in die Wege leiten Antrag der Fraktion der CDU <i>AfWAuV</i>	– Drs. 17/3429	
17.45 - 18.15	26.	Erste Beratung Handwerk und Mittelstand in Niedersachsen fördern Antrag der Fraktion der CDU <i>federführend: AfWAuV; mitberatend: AfHuF</i>	– Drs. 17/3430	30

18.25 - 18.55 27. Erste Beratung

30

**Atomausstieg umsetzen - Atomkraftwerke zügig und transparent
rückbauen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen

– [Drs. 17/3437](#)

AfUEuK

Festlegung von Zeit und Tagesordnung des nächsten Tagungsabschnitts

Hannover, den 06.05.2015

Der Präsident
des Niedersächsischen Landtages
Bernd Busemann